

pro + kontra

Stadtzeitung der DKP für Püttlingen

Staatliche Steuerquellen und Konzern-Profite sprudeln immer heftiger:

Löhne und Renten dürfen nicht weiter auf niedrigem Stand verharren

Die Bundesregierung brüstet sich mit vor Stolz geschwellter Brust, dass der Aufschwung nun da ist. Die Wirtschaft boomt und die Medien jubeln. Die Gewinne der Konzerne sowie die Gehälter der Manager erreichen Rekordhöhen, wie sie seit langem nicht denkbar waren. Die Staatskasse quillt derzeit über, weil mehr Steuern eingehen, als anfangs geplant waren. Schon ist in der Berliner Regierung der Kampf entbrannt, wofür die unvorhergesehenen Mehreinnahmen ausgegeben werden sollen.

Nur soviel ist bislang sicher: Die Große Koalition will weder Abstriche an der

unverschämten Erhöhung der Mehrwertsteuer machen, noch will sie etwas bei den Belastungen durch die Gesundheitsreform zurücknehmen. Das Volk soll weiter zur Ader gelassen werden.

Auch die Konzerne und Banken sträuben sich, den Beschäftigten ein ordentliches Stück vom Gewinnkuchen abzugeben. Schon wieder warnen sie, man dürfe die Konjunktur nicht gefährden. Längst ist es überfällig, dass Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften die bisherige Zurückhaltung aufgeben: Die Zeit für mehr Lohn und höhere Renten ist gekommen! (Seiten 4+5 beachten)

Erfolgreicher Start mit einem verkaufsoffenem Sonntag in Püttlingen:

April entpuppte sich als sonnenreicher Monat



Der sonst als „launiger Geselle“ bekannte April glänzte am ersten Sonntag mit herrlichem Frühlingwetter und animierte die Bürger unserer Stadt, den verkaufsoffenen Sonntag (Foto: untere Marktstraße) voll zu genießen. Damals konnte noch niemand ahnen, dass von Mitte April an bestes Sommerwetter herrschen würde. Dennoch war es so und die meisten waren froh darüber. Allerdings gibt es auch zunehmend mehr Menschen, die sich wegen dem offensichtlichen Klimawandel große Sorgen machen. Zu Recht meinen sie, dass mehr getan werden muss, um einer drohenden Klimakatastrophe zu begegnen.



Wird unser Trinkwasser bald nur noch für „Apothekerpreise“ zu haben sein? So sieht es jedenfalls aus, wenn Pläne des CDU-Umweltministeriums realisiert werden, welche die Entnahme von Grundwasser mit einer Gebühr belegen wollen. Mehr dazu auf Seite 2: „Trinkwasser soll zur Sanierung der Staatsfinanzen beitragen: Diese CDU schreckt vor nichts zurück!“

Arm trotz Arbeit?

7,50 Euro pro Stunde müssen es schon sein

Wie das Statistische Bundesamt in Wiesbaden mitteilte, lag der Niedrigstlohn für Friseur in Sachsen im zweiten Halbjahr 2006 bei 3,82 Euro. Das Wach- und Kontrollpersonal in Thüringen bekam einen Tarifstundenlohn von 4,38 Euro. In NRW wurden Beschäftigte im Hotel- und Gaststättengewerbe mit einem Tarifverdienst von 5,25 Euro bezahlt.

Angesichts der niedrigen Tarifverdienste fordern Gewerkschaften die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes nicht unter 7,50 Euro in Deutschland.

Die DKP unterstützt diese gewerkschaftliche Forderung. Auch wir meinen: Arbeit darf nicht arm machen. Deshalb mit 7,50 Euro beginnen und dann auf 9 Euro erhöhen.

Trinkwasser soll zur Sanierung der Staatsfinanzen beitragen:

Diese CDU schreckt vor nichts zurück!

Das saarländische Umweltministerium hat einen Gesetzentwurf erarbeitet, wonach die Entnahme von Grundwasser künftig mit einer Gebühr belegt werden soll. Damit würden die Wasserpreise im Saarland weiter steigen. Bereits jetzt wird geschätzt, dass Trinkwasser dadurch im Schnitt um drei Prozent teurer würde.

Die Verbände der Gas- und Wasserwirtschaft (VGW) im Saarland warnen vor dieser Entwicklung: „Wir fordern die saarländische Landesregierung auf, von der geplanten Einführung von Grundwasser-Entnahme-Entgelten abzusehen. Es besteht überhaupt kein Grund, kommunalen Wasserversorgern und Unternehmen zusätzliche Kosten aufzubürden“, sagte Joachim Meier, Landesvorsitzender der VGW und Geschäftsführer der Wasser- und Energieversorgung im Kreis St. Wendel.

Experten unterstützen diese Position, denn Wasserknappheit ist - anders als in andere Regionen - für das Saarland

kein Thema: „Wasser ist in ausreichender Menge und Qualität vorhanden!“

Es darf auch nicht übersehen werden, dass der Trinkwasserverbrauch im Saarland von 1987 bis 2005 um 18 Prozent gesunken ist und heute mit 118 Litern pro Tag sogar unter dem Bundesdurchschnitt liegt. Hier zeigt sich, dass die Verbraucher den jahrelangen Appellen zum sparsamen Umgang mit Trinkwasser gefolgt sind. Dafür werden sie aber jetzt bestraft, weil sinkender Wasserverbrauch zu höheren Preisen bei den Abwassergebühren führt („Fixkosten bleiben weiter hoch“).

Eine große Schweinerei ist es, dass die geplante Entnahmegebühr keineswegs für Investitionen im Wasserbereich zweckgebunden sein soll, sondern in den allgemeinen Landeshaushalt fließt, wo sie der Finanzierung der verfehlten CDU-Landespolitik dienen soll. Nichts könnte den verkommenen Charakter dieser Partei, die vor nichts mehr zurückschreckt, besser verdeutlichen.

Die Sache mit dem teuren Abwasser

Am 12. Dezember 2006 beschloss der Stadtrat mehrheitlich die Anhebung der Abwassergebühren. Schon damals war klar, dass die zu dem Zeitpunkt bereits geplante Erhöhung des einheitlichen EVS-Verbandsbeitrages ebenfalls an die Verbraucher weitergereicht werden soll. Inzwischen hat der EVS die Erhöhung des Abwasserpreises durchgesetzt, so dass der **Stadtrat am 22. Mai** noch etwas auf die bereits beschlossenen Gebühren draufsatteln muss. **Die DKP-Fraktion wird auch diesmal gegen die Gebührenerhöhung stimmen.**

Bereits in der Dezember-Sitzung hatte der DKP-Vertreter darauf verwiesen,

dass diese Erhöhung nicht zeitgemäß ist, weil zu gleicher Zeit die Mehrwertsteuer um drei Prozentpunkte nach oben kletterte. Es sei auch schizopren, die steigenden Abwasserkosten mit dem rückläufigen Wasserverbrauch zu begründen, obwohl man die Verbraucher jahrelang dazu aufgefordert habe, genau dies zu tun und sparsam mit dem kostbaren Wasser umzugehen.

Nicht zuletzt kritisierte die DKP, dass der EVS jahrelang Investitionen vor sich hergeschoben habe, zum Teil überdimensionierte Anlagen errichtet und nicht alle Sparmöglichkeiten im eigenen Verband ausgereizt habe. Hinzu kom-



Hier, an einem Fußweg, der von der mittleren Goethestraße kommt und an den Containern vorbei zur Pater-Eberschweiler-Schule (im Hintergrund) führt, ist seit kurzem eine ordentliche Beleuchtung installiert (links). Die DKP hatte sich darum bemüht, da der Weg gerne von Schulkindern und Sporthallenbesuchern als Abkürzung benutzt wird. In der dunklen Jahreszeit hat das aber vielfach Probleme bereitet. Durch die Aufstellung von zwei großen Leuchtmasten sind jetzt die Unfallgefahren geringer, worüber die Benutzer sehr froh sind. **Die DKP-Fraktion dankt der Verwaltung für die prompte Erledigung dieser Angelegenheit.**

me, dass Wasserwerke und Abwasserbetriebe eine soziale Funktion zu erfüllen hätten, die dann auch mit allgemeinen öffentlichen Finanzmitteln zu unterstützen seien.

Noch eins bewegt die DKP-Fraktion zur Ablehnung: Die jetzige Anhebung des EVS-Verbandsbeitrages um 6 Prozent ist nur der Anfang. Weitere 20 Prozent und mehr sollen in den nächsten Jahren folgen. Wir halten das für fatal und werden uns den „Sachzwängen“ nicht beugen. Sollen doch CDU, SPD und FDP zusehen, wie sie da wieder raus kommen, oder sie machen alle Sauereien weiter brav mit.

Zur Entwicklung der gesplitteten Abwassergebühren

Bürgermeister Speicher hat im Auftrag von CDU, SPD und FDP dem Wirtschaftsplan 2007 des EVS zugestimmt. Dadurch steigt der einheitliche Abwasser-Verbandsbeitrag um 6 Prozent. Für die Abwassergebühren der Stadt Püttlingen hat das folgende Konsequenzen:

Schmutzwassergebühr steigt um insgesamt 8,4 Prozent

von 2,38 (bis 31.12.06) über 2,45 (ab 1.1.07) auf endgültige 2,58 Euro (rückwirkend ab 1.1.07)

Niederschlagswassergebühr steigt um insgesamt 6 Prozent

von 0,50 (bis 31.12.06) über 0,52 (ab 1.1.07) auf endgültige 0,53 Euro (rückwirkend ab 1.1.07)

pro+kontra

Herausgeber: Stadtorganisation d. DKP in Püttlingen · Verantw. f. d. Inhalt: Franz Hertel, Geisbergstraße 12 · Eigendruck

Samstag, 9. Juni Früh-Linksfest 2007

Einladung

Beginn
14.00 Uhr

Freude
Entspannung
Stimmung

Aus dem Programm

Die DKP-Stadtratsfraktion lädt alle, die mit uns feiern wollen, die links denken und fühlen, zum vierten Früh-Linksfest an der Fischerhütte ein. Wie immer gibt es ein interessantes Programm, zum Beispiel:

- Platzkonzert des Fanfarenzuges Rot-Weiß Püttlingen (von 15 bis 16 Uhr)
- Verlosung einer reichhaltigen Tombola
- Kaffee und Kuchen, Spezialitäten vom Grill
- Natürlich gibt es viele Gelegenheiten zum Gespräch mit der DKP-Ratsfraktion

Wichtig ist uns auch der Meinungs-austausch zwischen Linken aller Schattierungen!



Gespräche



Tombola



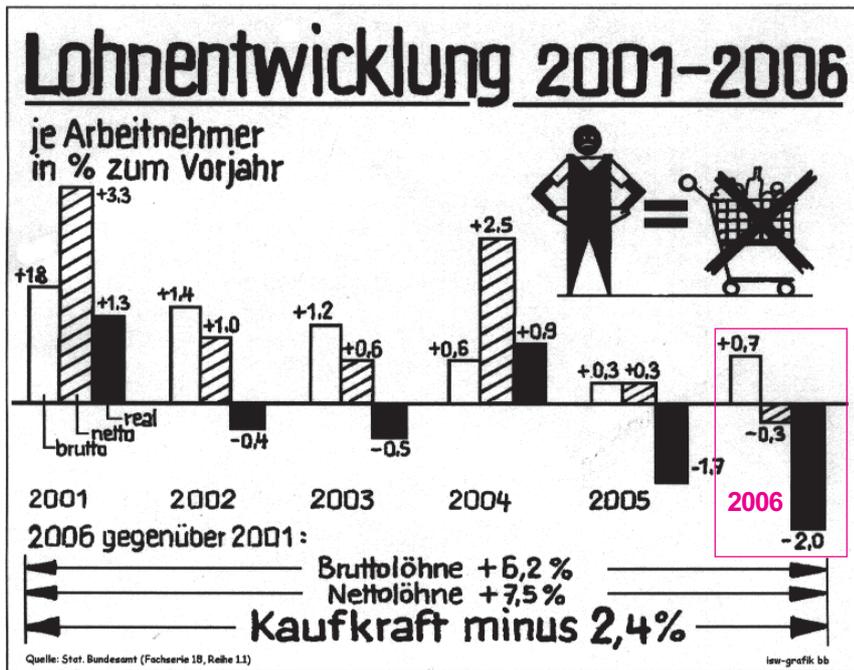
Fanfaren

An der Fischerhütte im Kesselfeld

Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften sollten bisherige Zurückhaltung aufgeben:

Die Zeit für mehr Lohn und höhere Renten ist gekommen!

Der Aufschwung boomt, die Profite der Konzerne und Banken erreichen ungeahnte Höhen. Dennoch reagieren die Unternehmer mit Zurückhaltung auf die Lohnforderungen der Gewerkschaften. Angeblich sind nur bescheidene Anhebungen möglich, weil sonst der Aufschwung gefährdet sei. Doch es ist wieder das übliche Gejammer, weil die Bosse den Reibach möglichst alleine kassieren wollen. Gerade das sollten die Arbeiter und Angestellten durch aktiven gewerkschaftlichen Kampf zu verhindern suchen. Von den enorm gestiegenen Leistungen einmal abgesehen, haben die Beschäftigten noch erheblichen Nachholbedarf, denn von 2001 bis 2006 ist die Kaufkraft um 2,4 Prozent gesunken, wie nachfolgende Übersicht aus dem ISW-Wirtschaftsinfo deutlich macht:



Der Aufschwung im Jahr 2006 ist an den Arbeitnehmern spurlos vorbeigegangen. Im Jahr des größten Wirtschaftswachstums seit 2000 mussten die Arbeitnehmer zugleich den höchsten Reallohnverlust hinnehmen. Zwar stieg der Bruttolohn pro Arbeitnehmer noch um magere 0,7 %, doch der Nettolohn pro Beschäftigten zeigte bereits ins Minus, er sank um 0,3 %.

In den Jahren davor war das teilweise umgekehrt, der Nettolohn entwickelte sich positiver als die Bruttolöhne (siehe Grafik). Der Grund: Die dreistufige Steuerreform seit 2001 hatte bei der Lohnsteuer einige Erleichterungen gebracht. Doch diese Wirkung ist jetzt verpufft, es greift wieder die Progression. Und bei der geplanten Steuerreform 2008 der Großen Koalition werden nur die Konzerne um Milliarden entlastet, für Lohnempfänger aber sind keine Erleichterungen vorgesehen. Im Gegenteil: Bisherige Steuervorteile wie z.B. die Pend-

lerpauschale werden abgeschafft bzw. reduziert. Nimmt man nicht den Lohn pro Beschäftigten, sondern die gesamte Lohnsumme, dann fällt das Bild infolge von Neueinstellungen etwas besser aus. Die Bruttolohnsumme stieg im vergangenen Jahr um 1,4 %, die Nettolohnsumme um 0,3 %. Aber auch hier ergibt sich wegen der um 1,7 % verteuerten Verbraucherpreise ein Kaufkraftverlust von -1,4 %. Die Unternehmens- und Vermögenseinkommen stiegen dagegen in 2006 um 6,9 Prozent.

Wahrscheinlich 0,54 Prozent mehr: Rentner werden wieder einmal betrogen

Um lächerliche 0,54 Prozent sollen die Einkommen der rund 20 Millionen Rentner ab 1. Juli dieses Jahres steigen. Das wurde jüngst bekannt, nachdem die ganze Zeit noch von Nullrunden bis mindestens 2008 die Rede war.

Kommt es nun tatsächlich zu dieser Erhöhung, dann macht das für einen Rentenbezieher von 1.000 Euro gerade mal 5,40 Euro im Monat aus. Unter Beachtung der Teuerungsrate und Belastungen durch höhere Gebühren, Krankenkassenbeiträge, Fahrpreise usw. ist das Ganze ein Minusgeschäft für Rentnerinnen und Rentner. Unsere Älteren werden erneut um die Früchte lebenslanger Arbeitsleistungen betrogen.

Berechnet man die reale Rentenentwicklung, dann mussten die Rentner seit 2002 einen Kaufkraftverlust von insgesamt mehr als 8 Prozent hinnehmen; d.h. der Realwert einer kompletten Monatsrente geht pro Jahr verloren. Das ist die raue Wirklichkeit, wie sie uns zunächst durch die Schröder-Regierung und dann durch die Große Koalition beschert worden ist.

Der trotz massiver Proteste gefasste Beschluss, das Rentenalter auf 67 Jahre zu erhöhen, wird die Lage der älteren Menschen künftig noch weiter verschlechtern. Selbst wenn es nominale Rentenerhöhungen geben sollte, werden sie weit unter der Teuerungsrate liegen. Immer mehr Rentner werden in die Altersarmut rutschen.



„Hauptsache, bei uns stimmt's!“

Personalabbau, Lohndrückerei und steigende Renditen:

Für die Aktionäre bedeutet das ein üppiger Goldregen

Die Deutsche Bank hat die systematische Erhöhung der Eigenkapitalrendite und den höchsten Profit in der deutschen Bankgeschichte dadurch erreicht, dass sie in den vergangenen fünf Jahren fast 30.000 Stellen, vorrangig in Deutschland, strich und die restliche Belegschaft dadurch zu einem gewaltigen Produktivitätsfortschritt antrieb.

Siemens realisierte einen Gewinnanstieg von 43 Prozent vor allem dadurch, dass es ganze Unternehmensbereiche abspaltete; weitere Bereiche sollen noch folgen.

Daimler-Chrysler vernichtete im vergangenen Geschäftsjahr weltweit 22.300 Arbeitsplätze, davon 15.400 in Deutschland. Jetzt soll es dem US-Konzernteil Chrysler an den Kragen gehen; der Abbau von 13.000 Stellen ist hier geplant; ggf. wird die ganze

Konzernsparte Chrysler verkauft.

Der VW-Autokonzern vernichtet Stellen im Zehntausenderpack, was sich bereits beim Profit 2006 auszahlte: er stieg um 145 Prozent binnen eines Jahres.

Ganz vorne beim Entlassungswettlauf ist die Deutsche Telekom: 32.000 Stellen sollen hier abgebaut werden, um die Personalkosten runter und den Gewinn in die Höhe zu fahren; 55.000 Beschäftigte werden in neue Servicegesellschaften ausgelagert, um für weniger Geld länger zu arbeiten.

Per Saldo (Stellenzuwachs minus Abbau) vernichteten die Dax-30-Kon-



zerne bei den deutschen Belegschaften im vergangenen Jahr 44.000 Arbeitsplätze (Handelblatt, 5.3.2007).

Dass durch diesen massiven Stellenabbau, in Verbindung mit Lohndrückerei und prekärer Beschäftigung, die Kaufkraft im Inland ausgelaugt und die Binnenkonjunktur nicht an Kraft gewinnen wird, ist für die Transnationalen Konzerne kein Problem. Sie profitieren in erster Linie vom Exportboom, holen sich ihre Umsätze zunehmend im Auslandsgeschäft.

Dividenden-Feuerwerk

Die Dax-30-Konzerne werden für das vergangene Geschäftsjahr 27,3 Milliarden Euro an die Aktionäre ausschütten, eine Steigerung von fast 20 Prozent (Handelsblatt, 23.2.07). Man stelle sich das Gezeter vor, würden die Gewerkschaften eine Lohnforderung in gleicher Höhe erheben. Die dreißig im Dax notierten Konzerne schütten damit für das Geschäftsjahr 2006 weit mehr an ihre Aktionäre aus, als alle 500.000 Kapitalgesellschaften (AG und GmbH) zusammen im Vorjahr an das Gemeinwesen (den deutschen Staat!) an Körperschaftssteuern zahlten: das waren 22,9 Milliarden Euro.

Nach einer Prognose für 2007 werden die Dax-30-Unternehmen ihre Gewinne in diesem Jahr noch einmal um 11 Prozent steigern (HB, 29.1.07). Es ist also allemal genügend Geld vorhanden, um die bescheidenen Lohnforderungen (z.B. der IG Metall) von 6,5 Prozent zu erfüllen.

Rente mit 67 - Tod mit 70

Ein bedenkenswerter Kommentar, entnommen aus „SALZ“ - der Saarländischen Arbeitslosenzeitung Nr. 1 / 2007

Nun ist es beschlossene Sache. Die große Koalition in Berlin lässt uns alle länger arbeiten, bis 67 – vorerst. Interessiert mich nicht, könnten jetzt viele denken, ich bin doch arbeitslos. Damit ist das Problem aber nicht vom Tisch, im Gegenteil.

Aufgrund der Arbeitsmarktsituation muss insgesamt davon ausgegangen werden, dass die meisten Menschen eben nicht länger arbeiten werden, sondern schlicht und ergreifend länger arbeitslos sind. Die Folgen davon sind, dass erheblich weniger Beiträge in die Rentenversicherung eingezahlt werden. Die Beiträge, die die Bundesanstalt an die Rentenversicherung abführt, stellen mittlerweile nur noch eine symbolische Größe dar. Je länger jedoch der zukünftige Rentner arbeitslos ist, desto spärlicher fällt seine spätere Rente aus.

Im Klartext heißt dies nichts anderes, als dass Menschen zuerst arbeitslos sind und in Armut leben, um dann mit 67 Rentner zu werden und anschließend in Altersarmut zu leben. Somit ist die

sogenannte Rentenreform vor allem ein Armutsförderungsprogramm.

In Zukunft könnte die Karriere von Kindern damit anfangen, dass sie arm geboren werden, weil ihre Eltern arbeitslos sind, sie als Erwachsene arm bleiben, weil sie u.a. wegen geringer Bildungschancen ohne Job sind, um dann als Rentner, der auf Grundrente angewiesen ist, arm zu sterben. Dies ist kein Horrorszenario, sondern eine durchaus realistische Perspektive für einen wachsenden Teil der Bevölkerung.

Für den arbeitenden Teil der Bevölkerung bedeutet die Rente mit 67 nicht nur eine reale Lohnkürzung, sondern wegen des höheren Verschleißes, statistisch auch der frühere Tod. Das gilt insbesondere für Arbeitnehmer in Berufen, die mit größeren Gefahren verbunden sind.

Ein gewünschter Nebeneffekt? Möglicherweise wird es in 20 Jahren üblich sein, dass größere Firmen nicht nur Betriebskindergärten vorhalten, sondern auch den firmeneigenen Betriebsfriedhof.

Manfred Klasen

Die Große Koalition und ihr Innenminister schränken systematisch die Demokratie ein:

Der Überwachungsstaat zeigt schon deutliche Konturen

Bundes-Innenminister Schäuble plant die Totalüberwachung. Der Polizeistaat lässt grüßen. Jeder einzelne Bürger würde mehr oder weniger betroffen sein. Man braucht sich nur die Schlagzeilen auf dem nebenstehenden Faksimile anzusehen, um das Ausmass der uns drohenden Maßnahmen zu erahnen. Das ständig am Köcheln gehaltene Terroristenthema gibt immer wieder willkommenen Anlass zu neuen Überlegungen in dieser Richtung.

Die von Wolfgang Schäuble geplanten „Sicherheitsgesetze“ sind alles andere als ein Sympathieknaller. Immer mehr Bürger sehen darin eine akute Bedrohung demokratischer Rechte und befürchten - nicht unbegründet - die Weiterentwicklung der Bundesrepublik zum totalen Überwachungsstaat. Tatsächlich sind die Vorhaben des Innenministers verfassungsrechtlich höchst bedenklich.

Kernpunkte des Schäuble-Katalogs sind die fast völlige Freigabe der Rasterfahndung, der staatliche Zugriff auf die Mautdaten, das präventive Abhören von Telefonen, die Verwanzung von Wohnungen auch durch das BKA, die Wiederbelebung der Kronzeugenregelung, die Verschärfung des Paragraphen 129a „Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung“ (womit wohl die Neofaschisten kaum gemeint sind), die Vorratsdatenspeicherung aller Kommunikationsdaten, die bundesweite Speicherung aller Finger-

abdrücke sowie die Durchsuchung von Computern.

Als z.B. Anfang des Jahres bei einer Razzia nach Kunden von Kinderpornographie auf Veranlassung der Polizei etwa **20 Millionen Kreditkartenkunden überprüft** werden konnten, wurde ersichtlich, welche Dimensionen die Einbeziehung von kommerziellen Dateien in die staatliche Überwachung haben kann. Über ähnliche Massen-Daten verfügen auch Lotterietreiber, Rabattkartensysteme und Energieversorgungsunternehmen.

Alle diese Daten zusammenzuführen, den Zugriff darauf zu haben und sie für Zwecke der staatlichen Überwachung nutzen zu können, ist der Sinn der vom Bund angestrebten „Anti-Terrordatei“, deswegen das starke Drängen. Schon jetzt verfügt der Staat über eine Datenbank, welche die Dateien von 38 Behörden vereinigt. Ein alarmierendes Signal.



Neben der exorbitanten Ausweitung der Datenmengen, auf die von den zentralen Behörden der Bundesrepublik Zugriff genommen wird, ist die Voraussetzungslosigkeit neu, mit der dieser Zugriff erfolgt: Im Grund kann jeder staatstragende Bürger, auch wer sich nichts zuschulden kommen lässt, von den Repressionsorganen des Staates behelligt werden.

Die neue Realität des neoliberalen Staates ist nicht mehr die viel gepriesene freie, sich selbst verwirklichende Entfaltung von selbstbewussten Bürgern, sondern die wachsende Totalüberwachung, die staatliche Gängelung und die massive Repression.

Systematisch werden fertige Tatsachen geschaffen:

Viel zu oft schon belogen worden

Viele staatliche Maßnahmen wurden mit dem Versprechen von mehr Sicherheit installiert. Doch daran zweifeln immer mehr Menschen, denn viel zu oft sind sie schon belogen worden:

Man nehme die Errichtung von Überwachungsanlagen auf den Autobahnen, die angeblich nur der Erfassung von Maut-Daten für LKWs dienen sollten. Jetzt ist klar, dass die Daten und Fotos auch für die „Terroristenabwehr“ genutzt werden.

Oder nehmen wir die Überwachung von Telefonen, was angeblich nur für die Verbrechensbekämpfung vorgesehen war. Inzwischen wissen wir, dass hunderte Journalisten auf verfassungswidrige Weise ausspioniert worden sind.

Wer heute ein aktuelles Passbild für den fälligen neuen Personalausweis abgibt, muss sich nicht wundern, wenn er irgendwann „irrtümlich“ auf einer Fahndungsliste auftaucht, weil Schäuble partout die Verwendung digitaler Passfotos für die Verbrechensbekämpfung nutzen will.

Kürzlich wurde bekannt, dass die Bundesregierung die heimliche Durchsuchung von Computern erlauben will. Der Bundesgerichtshof hat dem widersprochen, weil dazu eine gesetzliche Grundlage fehlt. Nur wenige Wochen später stellte sich heraus, dass Computer schon seit 2005 von den Geheimdiensten ausspioniert werden.

22. bis 24. Juni 2007
Dortmund Revierpark Wischlingen
Das größte Volksfest der Linken in Deutschland. Mit einem Riesensprogramm. Mit vielen Diskussionen und Informationen. E-mail: Fest-der-Solidaritaet2007-DKP@t-online.de



Carmen Helfgen, die Frauenbeauftragte der Stadt Püttlingen (2. von rechts), führte am 17. April mit der DKP-Fraktion ein Gespräch über Frauenpolitik in unserer Stadt. Frau Helfgen legte zunächst dar, wie sie die Aufgaben dieses Amtes versteht, wobei es ihr eindrucksvoll gelang, über Fragen und Probleme aus der praktischen Tätigkeit zu informieren. Die anschließende Diskussion erwies sich als äußerst konstruktiv und beide Seiten konnten dabei wichtige Erfahrungen für ihre eigene Arbeit sammeln. Der Vollständigkeit halber soll festgehalten werden, dass die DKP-Fraktion der Frauenbeauftragten zusicherte, sie in ihrer verantwortungsvollen Tätigkeit voll zu unterstützen.

Stadtrat diskutierte über Bebauungsplan im Eingangsbereich der Stadt:

DKP will keine Spielhalle tolerieren

Ende März beschäftigte sich der Stadtrat mit der Aufstellung eines Bebauungsplanes „Gewerbegebiet am Bahnhof Püttlingen“. Es geht dabei um die Neugestaltung des Eingangsbereiches unserer Stadt, und zwar dort, wo man früher - aus Völklingen kommend - auf der rechten Seite eine Tankstelle vorfand. Heute sieht dieser Bereich wenig einladend aus und gibt keineswegs eine gute Visitenkarte für die Stadt ab.

Für die DKP begrüßte Hans Schwindling die Aufstellung des Bebauungsplanes, denn schon lange sei die Situation des Ortseingangsbereiches aus städtebaulicher und gestalterischer Sicht völlig unbefriedigend. Allerdings habe die DKP gegen die konkreten Nutzungsvorschläge des Investors große Bedenken.

Für das Gelände ist eine massive Nutzung geplant. Sie reicht von einer Fahrzeug-Waschstraße über ein Autohaus

bis hin zu einem Cafe mit Bistrobereich und einer Spielhalle. Man kann über die einzelnen Punkte trefflich streiten und das ein oder andere auch hinzunehmen bereit sein. Allerdings wird ein Vorhaben durch die DKP **keine** Zustimmung finden: eine Spielhalle der Fa. Löwenplay, die auf rd. 430 Quadratmetern 36 Spielautomaten aufstellen will.

Das wollen wir nicht, machte Hans Schwindling unmißverständlich klar. Dabei wies er auf Probleme hin, die sich bundesweit aus einer wachsenden Spielsucht ergeben. Es dürfe auch nicht übersehen werden, dass solche Einrichtungen oft zu Anziehungspunkten für gewalttätige, straffällige oder sonstwie gefährdete Jugendliche würden. Deshalb sei es besser, solche Spielhallen gar nicht erst zu tolerieren.

Die DKP stimmte gegen den vorgelegten Plan und forderte dazu auf, andere Nutzungsmöglichkeiten zu prüfen.

Kurz und knapp

Eine Straßenlampe fehlt im Einmündungsbereich Köllner Straße/Wimbach. Bedingt durch den Abriss eines Hauses an dieser Stelle, wurde eine früher dort befindliche Beleuchtung entfernt, bis dato aber nicht wieder montiert. Anlieger und Verkehrsteilnehmer sehen darin ein erhebliches Gefahrenpotential, besonders in den Dämmerungsstunden. Jetzt hat Franz Hertel (DKP) im Werksausschuss die Sache angesprochen und die Verwaltung um baldige Abhilfe gebeten.

*

Rehe fressen Grabschmuck auf dem Friedhof Engelsfeld.

Viele Mitbürger sind darüber verärgert, weil ihnen durch die Wildschäden zusätzliche Arbeiten und Kosten entstehen.

Hans Schwindling (DKP) hat im Werksausschuss das Problem geschildert und auf die Notwendigkeit einer durchgehenden Einfriedung verwiesen. Die Verwaltung, der das Problem bekannt war, will jetzt Maßnahmen einleiten lassen, um das Wild abzuschrecken.

Anmerkung: Wieder einmal hat die SZ (vom 4.5.07) falsch berichtet und einen Heiner Schwindling (CDU) als Antragsteller benannt.

*

Seniorengerechte Wohnungen im Kloster Heilig Kreuz. Die SZ berichtete darüber am 3.5.07, wobei sie erwähnte, dass sich die DKP der Stimme enthalten habe. Dazu bedarf es einer Erläuterung, denn der Hauptzweck der Baumaßnahmen liegt keineswegs in der Schaffung solcher Wohnungen. In erster Linie geht es um die „Bestands- und Zukunftssicherung des Klosters“. Das ist mit den 5 Ordensschwestern nicht zu schultern. Darum sind umfangreiche Umgestaltungen notwendig, die finanziell abgesichert sein müssen. Nicht zuletzt deshalb werden Seniorenwohnungen angeboten, die mit 2.100 Euro pro m² nicht gerade billig sind.



Ein Skandal!

Die Zahl rechtsextremer Gewalttaten in Deutschland hat innerhalb von zwei Jahren um 50 Prozent zugenommen und verzeichnete in 2006 mehr als 18.000 Delikte. Im Saarland wurden vergangenes Jahr rund 120 Straftaten (2005 = 91) rechtsextremer Gewalt registriert.

Diese alarmierende Entwicklung war nur möglich, weil eine rechte Politik in Deutschland die Entwicklung neonazistischer und faschistischer Sumpflüthen nachhaltig begünstigt. Letztes spektakuläres Beispiel dafür:

Da versteigt sich Günther Oettinger, Ministerpräsident von Baden -Württemberg, zu der provokatorischen Aussage, der kürzlich verstorbene **ehemalige SA-Mann und Marine-richter Hans-Karl Filbinger** sei ein Gegner des Nazi-Regimes gewesen. Diese Geschichtsklitterung durch einen führenden CDU-Politiker bedeutet die Verhöhnung der wirklichen Widerstandskämpfer und von Millionen, die wegen ihrer Rasse in die Gaskammern getrieben wurden und unter den Schüssen des Exekutionskommandos zugrunde gingen. Es ist skandalös, dass solche Lügen ungestraft möglich sind.

Besichtigung einer vorbildlichen Wertstoffanlage in Hesperange:

DKP-Fraktion in Luxemburg vertreten



Bekanntlich haben Püttlingen, Heusweiler und Riegelsberg Ende des vergangenen Jahres beschlossen, einen „Wertstoffhof Köllertal“ zu gründen und diesen gemeinsam zu betreiben.

Die damalige Entscheidung wurde von der DKP mitgetragen, weil es unseren Vorstellungen von verantwortungsbewußter Umweltpolitik entspricht, möglichst viele Wertstoffe zu recyceln, um durch ihre Wiederverwendung die

natürlichen Ressourcen zu schonen. Als es dann um die Besetzung der Verbandsversammlung ging, wozu die Räte der beteiligten Gemeinden jeweils vier Vertreter entsenden konnten, wurden DKP und FDP von der CDU regelrecht ausgeschmiert.

Jetzt - Mitte April - ging es quasi um eine „Gewissensentscheidung“, denn die Besichtigung des Wertstoffhofes in Hesperange/Luxemburg war ausgeschrieben worden. Alle Fraktionen der drei Kommunen konnten Teilnehmer für diese Exkursion benennen. Sollte die DKP das Angebot nutzen, sich vor Ort vom Betrieb eines vorbildlichen Wertstoffhofes zu überzeugen oder sollten wir sagen: „Leute von der Union, Ihr habt uns in der Verbandsversammlung ausgebootet, dann guckt jetzt, wie Ihr alleine zurecht kommt“?

Unsere Meinung: Die Vorgehensweise der CDU in Sachen Verbandsversammlung bleibt nach wie vor fragwürdig und wirft ein bezeichnendes Licht auf das eigenartige Demokratieverständnis dieser Partei. Dennoch beschloss die DKP, die Besichtigung mitzumachen, um sich aus „erster Hand“ zu informieren und dann beim Thema Rohstoffverwertung noch besser mitreden zu können. So kam es denn, dass **Hans Schwindling und Fritz Kuhn** (Foto oben) sowie **Franz Hertel** in Luxemburg dabei waren und wertvolle Erfahrungen mit nach Hause nehmen konnten.



Traditionelles Maibaumstellen am 30. April auf dem städtischen Marktplatz. Eingeladen zu diesem gesellschaftlichen Ereignis hatte die Freiwillige Feuerwehr Püttlingen, die in diesem Jahr (Mitte Juni) ihr 125-jähriges Bestehen feiern kann. Dazu übermittelt die DKP schon jetzt herzliche Glückwünsche.